

Erfurter Erklärung

11. Januar 2007

Keine weitere Salzeinleitung in die Werra !

Die zuständigen Abgeordneten der SPD-Fraktionen der Landtage in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen und Thüringen haben sich heute mit der Verbesserung der Wasserqualität der Flüsse Werra und Weser befasst. Sie stellen fest, dass die gegenwärtige Salzbelastung der Flüsse Werra und Weser erheblich zu hoch ist. Die Abgeordneten sprechen sich für eine schrittweise Absenkung der Salzbelastung von Werra und Weser aus.

Deshalb lehnen sie eine zusätzliche dauerhafte Belastung des Flussökosystems durch die von der K+S Kali AG geplante Einleitung von Haldenlaugenwasser über eine Pipeline aus dem Standort Neuhof in die Werra ab.

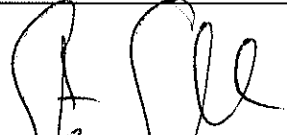

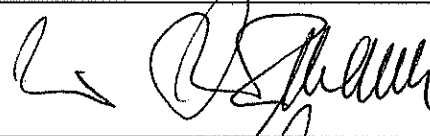
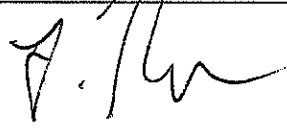

Vorrang vor einer weiteren Einleitung von salzhaltigen Abwässern in die Werra muss die konsequente Anwendung von alternativen Maßnahmen haben, die die Entstehung von salzhaltigen Abwässern vermindern. Solche Maßnahmen sind zwar möglicherweise kurzfristig teurer, können aber – anders als die Pipeline – langfristig deutlich zu einer Reduzierung der Salzbelastung des gesamten Werra-Fulda-Weser-Flussökosystems beitragen.

Eine zusätzliche Einleitung von Salzabwässern in die Werra, die mit einer stärkeren Ausnutzung des aus dem Jahr 1942 stammenden 2500 Milligramm-Grenzwertes begründet wird, widerspricht diesem Ziel sowie den nach der Wende auf höchster politischer Ebene getroffenen Absprachen und Erwartungen. Dies gilt insbesondere für das 1992 von Bund und Ländern abgeschlossene und mit finanziellen Beihilfen im Höhe von 75 Millionen Euro versehene Werra-Entsalzungsabkommen. Die Erwartungen an K+S gingen dahin, den damals für eine Übergangszeit hingenommenen 2500 Milligramm-Grenzwert später zu reduzieren und ihn künftig gerade nicht zu verfestigen. Aber genau das würde durch die von K+S geplante Pipeline geschehen.

Die Verbesserung des ökologischen Zustands von Werra und Weser ist auch durch Europarecht sowie Bundes- und Länderrecht geboten. Dieser notwendigen Verbesserung steht die geplante zusätzliche Salzeinleitung entgegen. Der bisherige Chlorid-Grenzwert der Werra ist ein Wert, der nicht den Zielen und Anforderungen eines modernen Wasserrechts entspricht. Die erheblichen Anstrengungen der vergangenen Jahre zur Verbesserung des Zustands von Werra und Weser müssen in den kommenden Jahren verstärkt und auch länderübergreifend abgesichert werden. Dabei sind sich die Abgeordneten der SPD-Fraktionen durchaus bewusst, dass eine vollständige Reduzierung der Salzbelastung der Werra, solange der Kalibergbau betrieben wird, sowie auf Grund der Vorbelastung nicht erreicht werden kann.

Die Fortsetzung des Kalibergbaus im Werra Kali Revier wird nicht in Frage gestellt. Sie trägt zur Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der gesamten Region bei. Andererseits kann die Politik nicht akzeptieren, dass die K+S AG hohe Gewinne aus dem Kaliabbau zieht, die Folgen dieses Abbaus aber in hohem Maße auf die Gesellschaft und die Umwelt abwälzt, und dadurch auch Arbeitsplätze z.B. im Tourismus und der Landwirtschaft gefährdet. Allein der lange Zeitraum von ca. 1000 Jahren, in dem die geplante Einleitung über eine Pipeline aufrechterhalten werden soll, zeigt, dass diese Entsorgungsvariante nicht von der Politik unterstützt werden kann.

**Unterschriftsliste zur
Erfurter Erklärung
Keine weitere Salzeinleitung in die Werra !**

Name /Funktion	Unterschrift
Gernot Grumbach, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag	
Lothar Quanz, Vizepräsident im Hessischen Landtag	
Volker Brockmann, SPD-Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag	
Jürgen Unruhe, SPD-Abgeordneter im Nordrhein- Westfälischen Landtag	
Dagmar Becker, umweltpolitische Sprecherin der SPD- Fraktion im Thüringer Landtag	
Sabine Doht, SPD-Abgeordnete im Thüringer Landtag	